

Leistungsfeindliche Schulstrukturreform in Berlin

Über die Pläne des von SPD und der Linken getragenen Senats von Berlin, eine neue Schulstruktur durchzusetzen, hat der Bund Freiheit der Wissenschaft in der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“ laufend berichtet. In der letzten Nummer (Juni 2009, S. 15) legte Oberschulrat **Gerhard Schmid**, Regionalbeauftragter des Bundes Freiheit der Wissenschaft für Berlin und Brandenburg, unter der Überschrift „Durch Leistung dem Land eine Zukunft geben“ eine **Alternative für ein konsequent leistungsbezogenes Schulsystem in Berlin** vor. Dort heißt es "Mit so einem leistungsbezogenen Schulsystem wäre eine durchgreifende Verbesserung der schulischen Ergebnisse in Berlin zu erreichen, um unseren Kindern, unserer Jugend und damit unserem Land wirklich eine Zukunft zu geben – und nicht mit ideologisch begründeter Gleichmacherei oder mit Reformstückwerken." Allen Berliner Schulen wurde diese Erklärung per E-Mail zugänglich gemacht. Der Text ist unten noch einmal nachlesen.

Der Senat mußte die endgültige Beschlußfassung zwar mehrmals verschieben, blieb aber stur bei seiner Grundlinie. Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Professor Jürgen Zöllner, bezeichnete diese Schulstrukturreform sogar als alternativlos (Rundschreiben 11. Juli 2009 an alle Schulleiter und Lehrer in Berlin). Jede Diskussion sollte abgewürgt werden.

Grünenabgeordneter attackiert Schmid

Man hätte erwarten können, daß die Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus dieses Projekt kritisch unter die Lupe nehmen würde. Das Gegenteil war - jedenfalls bei den Grünen - der Fall. Am 13. August gab **Özcan Mutlu**, Abgeordneter der Grünen, eine Pressemitteilung heraus: „Senator Zöllner muss untragbaren Oberschulrat zurückziehen“. In dem polemischen, auf Sachargumente überhaupt nicht eingehenden Text heißt es: „Oberschulrat Gerhard Schmid wertet die Schulstrukturreform als ‚linkes Bildungsexperiment‘ ab. Schmid verantwortet die Schulentwicklung in Friedrichshain-Kreuzberg und sollte konstruktivere bildungspolitische Vorschläge machen, als nur nach Selektion und Sanktionen zu rufen. Mit seinen verstaubten Forderungen disqualifiziert er sich selbst, u.a. wenn er die Ausweitung der grundständigen Gymnasien fordert (zusätzlich auch Realschulen ab der 5. Klasse) und Kinder mit Migrationshintergrund sowie aus bildungsfernen Familien nur nach einem Test auf das Gymnasium lassen will und Sanktionen bei Minderleistung verlangt.“

Mutlu fährt fort: „Senator Zöllner muß diesen untragbaren Oberschulrat und Dienststellenleiter der Friedrichshain - Kreuzberger Schulaufsicht zurückziehen. Bündnis 90 / Die Grünen fordern den Bildungssenator auf, ihn im Interesse aller Schulen und der SchülerInnen in eine andere Verwaltungsdienststelle zu versetzen. Wer derartig restriktive Vorstellung von Bildungspolitik vertritt und diese öffentlich verkündet, ist für die bildungspolitischen Herausforderungen in einem Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg ungeeignet. Solche Vorschläge führen zu einer Verstärkung der Selektion in den Schulen. Sie sorgen dafür, dass die Schulentwicklung in Friedrichshain-Kreuzberg nicht vorankommt und Kinder mit Migrationshintergrund auf der Strecke bleiben.“

Schmids Erläuterungen in der Presse

Nun berichtete auch die Presse über den Vorschlag von Gerhard Schmid, so der Tagesspiegel am 14. August. Hier präziserte Gerhard Schmid seinen Vorschlag: „Das Angebot soll vor allem jene Migranten mit großem Potenzial fördern, die auf herkömmlichen Gymnasien keine Chancen haben, das Abitur zu erreichen“, sagte Schmid dem Tagesspiegel. Man müsse in Zeiten, in denen die Hälfte aller jungen Berliner einen Migrationshintergrund besitze und in denen viele

Bildungskonzepte gescheitert seien, innovative Ideen zulassen. ‚Wir brauchen für so eine Schule mit leistungsorientierten Schülern auch Lehrer, die den Willen haben, etwas zu bewegen.‘ (...) Dem Tagesspiegel sagte Schmid, er sehe die Begabtgymnasien als Ergänzung, nicht als Alternative zur Schulreform von Senator Zöllner. Schon jetzt werden in Berlin viele Gymnasien in der Innenstadt fast nur von Migrant*innen besucht.“. In der Berliner Zeitung (14. August) heißt es: „CSU-Mitglied Schmid verwies gegenüber der Berliner Zeitung darauf, dass er als Verbandsfunktionär bisher immer seine Meinung habe sagen dürfen. Im Bezirk arbeitet Schmid bisher reibungslos mit Monika Herrmann, Grünen-Bildungsstadträtin von Friedrichshain-Kreuzberg, zusammen.“] Die taz (15./16. August) schrieb: „‚Schluss mit den linken Bildungsexperimenten! Berlin braucht ein konsequent leistungsbezogenes Schulsystem.‘ Diese Forderung des konservativen Bundes Freiheit der Wissenschaft (BFW) sorgt für Aufregung. (...) Einen Widerspruch zwischen seinen als Verbandssprecher gemachten Äußerungen und seinen Aufgaben als Schulrat sieht Schmid nicht. Man müsse in einer Gesellschaft mit mehreren Rollen zurechtkommen, sagte er der taz (...).“ Der Tagesspiegel ging noch einmal (15. August) auf die Auseinandersetzung ein: „Der Vorschlag von Oberschulrat Gerhard Schmid, spezielle Gymnasien für Kinder aus Migrant*innenfamilien einzurichten, stößt bei Migrant*innenverbänden und Bildungsexperten auf harsche Kritik. (...) Wie berichtet, hat Gerhard Schmid (...) in seiner Funktion als Regionalbeauftragter des konservativen ‚Bundes Freiheit der Wissenschaft‘ vorgeschlagen, dass bildungsferne Deutsche und Migrant*innenkinder nach entsprechenden Aufnahmetests Gymnasien ‚mit besonderer pädagogischer Prägung‘ besuchen sollten. Gerade bei Einwandererfamilien mache der Pädagoge ‚viele spezielle Schwierigkeiten‘ aus: Vor allem türkische und arabische Kinder hätten oft mit ‚emotionalen Hürden‘ zu kämpfen, viele seien ‚sozial abgedriftet‘. Um mehr ‚studienfähige Vorbilder‘ zu schaffen, fehle bisher das richtige Programm. ‚Wir sollten es mal mit etwas Neuem probieren‘, sagte Schmid, der die Schulstrukturreform des Senats in der jüngsten Publikation seines Vereins als ‚linkes Bildungsexperiment‘ kritisiert. Cumali Kangal, Sprecher des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg, bezeichnet Schmid*ens Vorstoß als fatal. ‚Ich kann mir nicht vorstellen, dass Türken in Berlin das nachvollziehen können‘, so Kangal. ‚Wer kann, versucht sein Kind auf eine Schule zu schicken, an der nicht so viele Migrant*innenkinder sind.‘“

Zusammenhängende Presseerklärung von Gerhard Schmid

Gerhard Schmid antwortete für den Bund Freiheit der Wissenschaft in einer Presseerklärung am 16. 8 auf den Artikel im Tagesspiegel vom 5. 8.:

*„Die Fragestellung im Artikel verengt krass die Aussagen im Text der Zeitschrift "Freiheit der Wissenschaft" zu "Berliner Schule - die Alternative" - Grundstruktur eines leistungsbezogenen Schulsystems -, zum Schulstrukturreformprogramm der rot-roten Regierungskoalition in Berlin auf die Frage nach Gymnasien für Migrant*innen. Es wird sogar entgegen dem Text behauptet, ich schlage vor, "dass bildungsferne Deutsche und Migrant*innenkinder Gymnasien mit besonderer pädagogischer Prägung besuchen sollten." Hier wird der tatsächliche Text verfälscht (Richtig: "Begabte Kinder aus Migrant*innenfamilien bzw. aus bildungsfernen deutschen Familien können nach einem Test in Gymnasien besonderer pädagogischer Prägung übergehen."). Dabei ist aus dem Textzusammenhang unschwer zu erkennen, dass es sich nur noch um die Gruppe begabter Kinder handeln kann, die u.a. aus sprachlichen Gründen die Aufnahme in das Gymnasium nach der 4. oder der 6. Klasse nicht schaffen konnten.*

„Auf keinen Jugendlichen verzichten, der Leistung bringen will“

Wir können in der Bildung auf keinen Jugendlichen verzichten, der Leistung erbringen will! Es geht um die Ausschöpfung aller Bildungsreserven. Mit der falschen Aussage wurden Stellungnahmen von Parteien und Migrantenorganisationen eingeholt und veröffentlicht. Logischerweise mussten diese bei der obigen Fragestellung ablehnend sein. Ich würde mich bei einer solchen, irreführenden Fragestellung auch nur ablehnend äußern können!

Die ebenfalls krass verkürzte Sicht des Herrn Mutlu auf Migranten und gesonderte Gymnasien wurde aufgegriffen und transportiert. Nach Aussagen der Grünen im Bezirk und im Landesvorstand hatte er seine Aktion ohne irgendeine Absprache mit seiner Partei gestartet - und ohne Rücksprache mit mir. Mit der "Alternative" zum sog. Schulstrukturreformprogramm des rot-roten Senats wurde sich redaktionell kaum auseinandergesetzt. Bereits am 25. Mai 2009 hatte ich im Rahmen der u.a. Presseerklärung als Anlage die "Alternative" an den o.a. Adressatenkreis versandt - ohne Echo. (...) Aus den von der Presse eingeholten Äußerungen spricht viel Hilflosigkeit. Keiner hat bisher ein Rezept gefunden gegen die schon fast vier Jahrzehnte andauernden geringen Erfolge, in Berlin Ausländer bzw. Migranten zu höheren Bildungsabschlüssen zu führen. Insofern ist Integration hier überwiegend klar gescheitert.“

„Kleine Anfrage“ Mutlus im Abgeordnetenhaus – Die Antwort der Senatsverwaltung

Der Grünen-Abgeordnete Özcan Mutlu richtete schließlich am 18. August eine „Kleine Anfrage“ im Abgeordnetenhaus von Berlin zu Oberschulrat Gerhard Schmid, Regionalbeauftragter des Bundes Freiheit der Wissenschaft für Berlin und Brandenburg - **Ist Schmid als Oberschulrat tragbar?**“ an die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung von Berlin, die wir hier mit der Antwort des Senats abdrucken.

Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 16/13 652 vom 18. August 2009. Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat die Äußerungen des Friedrichshain - Kreuzberger Oberschulrats Gerhard Schmid zur Schulstrukturreform in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Freiheit der Wissenschaften“ (fdw) 02/2009?

Zur Berliner Schulstrukturreform hat sich Herr Schmid in seiner Funktion als Regionalbeauftragter für Berlin und Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft geäußert und nicht als Beamter des Landes Berlin. Herrn Schmid steht insoweit das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nach Artikel 5 des Grundgesetzes zu. Dennoch müssen sich Beamte auch außerhalb des Dienstes mit politischen Äußerungen zurückhalten, insbesondere bei Meinungsäußerungen, die das eigene Tätigkeitsfeld betreffen. Die Äußerungen von Herrn Schmid sind als Meinung zu bildungspolitischen Fragen im Rahmen der Publikation eines Verbandes zu werten.

2. Wie bewertet der Senat, dass der Oberschulrat Schmid die geplante Schulstrukturreform als „linkes Bildungsexperiment“ ansieht?

Siehe Antwort zu Frage 1.

3. Wie bewertet der Senat den Vorschlag des Oberschulrats Schmid, die grundständigen Gymnasien (und Realschulen ab 5. Klasse) auszuweiten?

Siehe Antwort zu Frage 1.

4. Wie bewertet der Senat die Forderung des Oberschulrats Schmid, Kinder mit Migrationshintergrund sowie aus bildungsfernen deutschen Familien nur nach einem Test, auf eigens dafür zu schaffende „Gymnasien besonderer pädagogischer Prägung“ zu lassen?

Siehe Antwort zu Frage 1.

5. Wie bewertet der Senat, den Vorschlag Schmid, Sanktionen bei Minderleistungen zu erheben?

Siehe Antwort zu Frage 1.

6. Ist der Senat der Meinung, dass die Vorschläge des Oberschulrats Schmid mit der geplanten Schulstrukturreform zu vereinbaren sind und wenn nein, welche Konsequenzen zieht der Senat daraus?

Siehe Antwort zu Frage 1.

7. Wie unterscheidet sich ein „Gymnasium besonderer pädagogischer Prägung“ von einem herkömmlichen Gymnasium und wie soll verhindert werden, dass am Ende ein Zweiklassen-Gymnasien entsteht?

Ein Gymnasium „besonderer pädagogischer Prägung“ hat wie jede Schule besonderer pädagogischer Prägung ein zusätzliches oder besonderes Lernangebot, das die Schülerinnen und Schüler als Auflage erfüllen müssen (z.B. drei verpflichtende Fremdsprachen, zusätzliche Prüfungsfachauflagen im Abitur) und besondere Aufnahmebedingungen. Die Schulen besonderer pädagogischer Prägung stehen im Rahmen der bestehenden Kapazitäten allen dafür geeigneten Schülerinnen und Schülern offen.

8. Ist der Senat der Meinung, dass ein Dienststellenleiter mit derartigen bildungspolitischen Ansichten gerade in einem sozial benachteiligten Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg die Schulentwicklung voranbringen und sich für eine gelingende Schulstrukturreform einsetzen kann und wenn nein, welche Konsequenzen zieht der Senat daraus?

In der Region Friedrichshain-Kreuzberg wird wie in anderen Regionen eine erfolgreiche Schulentwicklung geleistet, in deren Rahmen gerade auch Schulen in sozial benachteiligten Gebieten gezielt unterstützt werden. Die bildungspolitischen Ansichten, die Herr Schmid als Regionalbeauftragter für Berlin und Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft geäußert hat, sind davon zu trennen.

9. In Anbetracht dieser konträren Positionen: Sieht der Senat es als angebracht, den Oberschulrat Schmid in andere Aufgabengebiete zu versetzen und jemanden für diese verantwortungsvolle Position einzusetzen, der mit Engagement und Überzeugung die Schulentwicklung und die Umsetzung der Schulstrukturreform im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg vorantreibt?

Der Senat gewährleistet die Umsetzung der Schulstrukturreform auch in Friedrichshain-Kreuzberg. Die Äußerungen von Herrn Schmid als Regionalbeauftragter des Bundes Freiheit der Wissenschaft geben hierzu keine hinreichende Veranlassung.

10. Welche Konsequenzen zieht der Senat insgesamt aus diesem Fall und den Äußerungen des Oberschulrats Schmid, der im Dienste der Senatsschulverwaltung steht und dennoch derartig restriktive und konträre Vorstellungen von Bildungspolitik in der Öffentlichkeit vertritt?

Zur rechtlichen Einordnung wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen. Generell ist jeweils im Einzelfall zu prüfen, inwieweit eine Äußerung dem Mäßigungsgebot entspricht. Je nach Abwägung

zwischen der Meinungsfreiheit und der beamtenrechtlichen Treue- und Zurückhaltungspflicht sind gegebenenfalls dienstrechtliche Konsequenzen in Erwägung zu ziehen.

Berlin, den 28. August 2009

In Vertretung

Claudia Zinke, Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Hans Joachim Geisler

Gerhard Schmid, Oberschulrat in Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg, erklärte am 25. 5. 2009 als Regionalbeauftragter des Bundes Freiheit der Wissenschaft für Berlin und Brandenburg:

Berliner Schule – die Alternative: Grundstruktur eines leistungsbezogenen Schulsystems

Ich trete ein für einen konsequent, überzeugend leistungsorientierten Übergang nach der 4. Klasse in die Gymnasien und Realschulen und unter der Voraussetzung, dass dort gymnasial- und realschulbefähigte Schüler mit über 2/3 übergehen, auch in die Gesamtschulen (oder Gemeinschaftsschulen oder Sekundarschulen). Der Übergang wird u.a. abhängig gemacht von Überprüfungsarbeiten vor dem 1.2. jeden Jahres mit externer Aufsicht und Korrektur. Jeweils am 1.2. jeden Jahres steht fest, welcher Schüler wohin kann. Die Lehrerversorgung mit verbeamteten Lehrkräften kann dann rechtzeitig gesichert werden.

Zwei Jahre vor Eintritt in die Grundschule werden die Schüler vor allem auch mit ihren Sprachkenntnissen getestet, nachdem die Kitas bereits kontrolliert (Einrichtung einer Kita-Aufsicht, auch über die in freier Trägerschaft) intensiv Sprachförderung betrieben haben. Wer hier Förderbedarf hat, muss vor Schuleintritt mindestens eine einjährige Vorschule besuchen. Nach Schuleintritt bei so geringen Deutschkenntnissen, dass eine Alphabetisierung noch nicht erfolgreich durchgeführt werden kann, wird das 1. Schuljahr in Form einer Sprachlernklasse absolviert.

Die sechsjährige Grundschule wird in den 5. und 6. Klassen überzeugend für die Förderung ausgebaut, so dass potentiell fähige Schüler noch zur 7. Klasse in die Realschulen und Gymnasien übergehen können. Die anderen gehen an die Haupt- und Gesamtschulen mit konsequenter beruflicher und praktischer Orientierung mit den entsprechenden Lehrplänen. Begabte Kinder aus Migrantenfamilien bzw. aus bildungsfernen deutschen Familien können nach einem Test in Gymnasien besonderer pädagogischer Prägung übergehen. Diese Schüler erhalten in Deutsch und im Fachunterricht in der 7. Klasse eine besondere Förderung und können die 7. Klasse ohne Anrechnung auf ihre persönlichen Schulbesuchsjahre wiederholen oder müssen bei weiterer Nichteignung nach entsprechenden Tests zur Realschule, Gesamtschule oder Hauptschule wechseln.

Schon ab den 3. Klassen werden an den Grundschulen besonders leistungs- und interessensbezogene Klassen nach Abschluss der Alphabetisierung mit Förderung von leistungsschwachen, leistungsstarken und normal befähigten Schülern eingerichtet.

Die Schulleiter- und Lehrerleistungen werden von einer entsprechend befähigten Schulaufsicht - auch hier müsste sich viel ändern - gesichert einer besonderen Beobachtung unterworfen bezüglich ihrer Unterrichts- und Erziehungsqualität (und Verwaltungs- und Führungsbefähigung) mit eventuellen Sanktionen bei Minderleistung. Technische Kräfte und Verwaltungspersonal, wie

Schulsekretärinnen und Hausmeistermitarbeiter, entlasten das pädagogische Personal. Jugendhilfe und Schulpsychologie wird mit ihrem Personal überwiegend an den Schulen angesiedelt und dort eingesetzt und residieren nicht in Verwaltungsgebäuden.

Mit dieser Schulreform wäre eine durchgreifende Verbesserung der schulischen Ergebnisse in Berlin zu erreichen, um unserer Kindern, unserer Jugend und damit unserem Land wirklich eine Zukunft zu geben – und nicht mit ideologisch begründeter Gleichmacherei oder mit Reformstückwerken.

Kontakt: Gerhard Schmid, mobil 0170 815 78 65
Bund Freiheit der Wissenschaft
Oberschulrat Gerhard Schmid
Regionalbeauftragter Berlin-Brandenburg
Kontakt: ger-schmid@web.de